

ANGELIKA TIMM

Unterm Regenbogen in Tel Aviv – Für unsere Nachbarn Liz und Nir

Der zentrale Platz vor der Irijah, der Tel Aviver Stadtverwaltung, hat bereits viele spontane Großkundgebungen erlebt – die Demonstration der ca. 400.000 Israelis während des ersten Libanonkriegs im Herbst 1982 etwa, die Friedenskundgebung vom 4. November 1995, nach deren Abschluss der israelische Ministerpräsident Jizchak Rabin von einem jüdischen Fanatiker ermordet wurde, oder die Protestveranstaltung Tausender Siedler gegen den israelischen Abzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005. Die Menschen, die sich zur jüngsten Großkundgebung auf dem Platz, der seit 1995 den Namen Jizchak Rabins trägt, zusammenfanden, trieb jedoch nicht so sehr der „äußere“ Frieden, sondern die innere Verfasstheit des Landes um. Sie versammelten sich, um der Opfer eines feigen Meuchelmords zu gedenken und gleichzeitig ihre Solidarität mit der „Vereinigung von Homosexuellen, Lesben, Bi- und Transsexuellen in Israel“ (LGBT, kurz: „Agudah“) zu bekunden. Deren Tel Aviver Jugendzentrum war genau eine Woche zuvor Ziel eines mörderischen Anschlags geworden.

Das Blutbad am Ende des Schabbat

An der Kreuzung Nachmani/Achad Ha'am herrscht in der Regel bis in die Nacht hinein reges Leben. Viele Tel Aviver kennen und lieben das Café Noir; manche lassen sich im italienischen Restaurant Pronto verwöhnen. Im selben Haus, Nachmani 26, wurde vor wenigen Monaten das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung eröffnet. Im Souterrain des Nachbargebäudes, Nachmani 28, befindet sich ein Jugendberatungs-zentrum der Agudah. Erfahrene Sozialpädagogen vermitteln hier erste Antworten auf die Suche von Teenagern und Twens nach sexueller Orientierung bzw. geben Ratschläge für die Gestaltung des weiteren Lebens. Vielen ist das Zentrum zum eigentlichen Zuhause geworden.

Auch am 1. August 2009, unmittelbar nach Ende des Schabbat, hatten sich im Kellergeschoss zahlreiche Mädchen und Jungen eingefunden. Gegen 22.40 Uhr betrat ein schwarz gekleideter, maskierter und mit einer Handfeuerwaffe ausgerüsteter Mann den Raum und schoss wahllos auf die Anwesenden. Als er vom Tatort flüchtete, lagen zwei Jugendliche tödlich getroffen am Boden; vier mussten mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden; weitere acht wurden medizinisch betreut.

Opfer des Attentats wurden die 17jährige Liz Trubetschi und der 26jährige Nir Katz. Die Gymnasiastin Liz aus Holon galt ihren Mitschülern als ein stets hilfsbereites, freundliches und lebenslustiges Mädchen. Ihrer sexuellen Orientierung noch nicht sicher, war sie zufäl-

lig am Ort des Geschehens. Nir dagegen, Student am Interdisziplinären Zentrum Herzliya, gehörte zum freiwilligen Beraterteam des Hauses. Den eigenen komplizierten Prozess des Suchens und Bewusstwerdens vor Augen, fühlte er sich verpflichtet, Erfahrungen an Teenager weiterzugeben und ihnen das Outing zu erleichtern.

Öffentliche Reaktionen

Die israelische Gesellschaft war und ist geschockt. Bereits am Tag nach dem Attentat fanden in Tel Aviv, Haifa und Jerusalem spontane Demonstrationen statt, auf denen Anteilnahme und Solidarität, aber auch Protest und Besorgnis bekundet wurden. „Liebe ist erlaubt, Mord ist verboten“, „Homophobie ist die Ursache für den Mord an Kindern“ – so einige der Losungen. Die israelische Presse spricht indessen von einer „neuen Form des Terrors“; Politiker unterschiedlichster Couleurs bekundeten ihr Beileid.

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu besuchte am 6. August das Jugendzentrum in der Nachmani 28 – aus Rücksicht auf seine homophoben Koalitionspartner jedoch „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“, d. h. auch der Presse. Der „historische Besuch“ (nie zuvor weilte ein israelischer Ministerpräsident in einem Zentrum für Homosexuelle), aber auch die Worte des Premiers über Solidarität, seine Verurteilung der Mordtat als „Terrorakt“ und der Verweis auf „fundamentale Rechte“ aller

Bürger des Landes sowie die Beschwörung von Toleranz wurden in der Öffentlichkeit positiv aufgenommen. Nichtsdesto-trotz müssten nunmehr, so betonte Janiv Weismann, der Vorsitzende der Agudah-Jugendorganisation, den Worten Taten folgen. Die Organisation stellt mehrere Forderungen an die Politik: Die Einsetzung eines ministeriellen Komitees zur Untersuchung des Vorfalls; die Durchsetzung gleicher sozialer Rechte für Homosexuelle; mehr Bildungs- und Aufklärungsarbeit in den Schulen; konsequente Begegnung der verbalen Diffamierungen. Es sei absurd, wenn Minister und Parlamentsabgeordnete der rechten Regierungskoalition homosexuell Veranlagte beleidigten und diffamierten.

Solange der Mörder nicht gefasst ist, bleiben die Tatmotive im Dunklen. Handelt es sich um eine Hassattacke, etwa um den homophob motivierten Anschlag eines religiösen Fanatiklers, oder um die Verzweiflungstat eines „Insiders“, begangen aus persönlichen oder familiären Motiven? Kriminelle Exzesse wie im gegebenen Fall haben indes nicht nur eine individuelle Dimension; sie betreffen ebenfalls unabdingbar die Makroebene, auf der sie sich ereignen. Die Rahmenbedingungen, mitunter auch die Anstöße, werden durch die Gesellschaft geschaffen. Politik und Öffentlichkeit sind somit in die Erkundung von Ursachen einzubeziehen.

Nicht wenige Politiker, Journalisten und LGBT-Aktivistinnen wiesen unmittelbar nach dem Attentat auf latente Tendenzen der Ausgrenzung und inhumanen Stimmungsmache gegen Homosexuelle – insbesondere durch Sprecher der religiös-ultraorthodoxen Gemeinschaft – hin. Anhänger und Führer der orientalisch-jüdischen Schas-Partei traten in der Vergangenheit z. B. immer wieder mit homophoben Erklärungen an die Öffentlichkeit. So bezeichnete Schas-Führer Eli Jischai im Februar 2006 Homosexualität als „Krankheit“; Nissim Zeev, Parlamentsabgeordneter von Schas, schlug im Juni 2007 vor, gesonderte Teams von Psychologen, Psychiatern und Sozialarbeitern einzusetzen, um Homosexuellen die Rückkehr ins „normale Leben“ – gleich Alkoholikern oder Drogenabhängigen – zu erleichtern. Homosexualität sei eine „Plage, die das jüdische Israel zerstören“ werde und mit der man umgehen müsse wie mit der „Vogelgrippe“. Der jüngste Anschlag in Tel Aviv wurde von Schas-Sprechern zwar verurteilt, die ultraorthodoxen Tageszeitungen verschwiegen ihren Lesern das Attentat jedoch weitgehend, da man – so der Herausgeber von „Hamodia“ – nicht wolle, dass „unsere Kinder Fragen über diese Community stellen“.

Dennoch sei eine wichtige Einschränkung gemacht: Die in der israelischen Öffentlichkeit kolportierten Negativbeispiele für die Stimmungsmache jüdisch-religiöser Fundamentalisten gegen Homosexuelle sollten auf keinen Fall der pauschalen Stigmatisierung der gesamten ultraorthodoxen Gemeinschaft und ihrer politischen Parteien Vorschub leisten. Nicht jeder Charedi

ist seinem Rabbi, nicht jeder Schas-Anhänger dem Parteiführer hörig bzw. vertritt hundertprozentig dessen Meinung. Hinzu kommt, dass unter den Gläubigen nicht weniger Menschen als im säkularen Lager existieren, die sich durch das traditionelle sexuelle Rollenverständnis und den mittelalterlichen Moralkodex eingeengt fühlen und nach Alternativen suchen. Ein Ausbruch ist für sie jedoch ungleich komplizierter als für Säkulare; er mündet nicht selten in der individuellen Katastrophe.

Homosexualität, Gesellschaft und Politik

Zum öffentlichen Umfeld des Mordkomplotts gehört, dass nahezu die Hälfte der Israelis (46%) davon überzeugt ist, dass Homosexualität eine Krankheit bzw. eine „Perversion“ sei. Immerhin 42% sind gegenteiliger Meinung. 12% sehen sich nicht in der Lage, ihre Position in dieser Frage zu fixieren. In einer unmittelbar nach dem Anschlag durchgeführten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Dialog“ äußerten sich in o. g. negativen Sinne 71% der Charedim (ultraorthodoxe Juden), 67% der Orthodoxen (Juden, die alle religiösen Gebote einhalten), 64% der arabischen Israelis, 57% der russischsprachigen Neubürger, 44% der traditionellen Juden (teilweise Befolgung der religiösen Pflichten) und 24(!)% der Säkularen. Im internationalen Toleranzwettbewerb hinsichtlich der Homosexualität erweist sich Israel damit als weniger liberal als die westeuropäischen Staaten, jedoch weltoffener als Russland, die Ukraine oder Südkorea. Den negativen Haltungen setzt Janiv Weismann die Forderung entgegen: „Das wichtigste, was wir tun können, ist uns zu outen. Es nicht zu tun, schwächt uns.“

Während die Journalistin Merav Michaeli die gesellschaftlichen Hintergründe für zunehmende Gewalt in Israel beleuchtet und zu erkennen meint, dass große Vorurteile gegenüber allen Bürgern bestünden, die „anders“ seien bzw. vom Mainstream abwichen, verweist Haaretz-Kolumnist Joel Markus auf die Negativwirkungen der Militarisierung: „Der Zugang zu Waffen in einem Land, in dem die ganze Nation unter Waffen steht, hat uns in eine Gewaltgesellschaft verwandelt.“ Man müsse blind sein, um nicht zu erkennen, dass die aktuelle innere Situation Israels bereits seit langem außer Kontrolle geraten sei. Erforderlich seien Kampagnen gegen Vandalismus, Hass, Gewalt, Korruption, Alkoholismus und vor allem gegen die zunehmende Brutalisierungstendenz in der israelischen Gesellschaft

Nicht wenige Intellektuelle und Politiker artikulieren ihre Befürchtung, dass der permanente Unterdrückungsauftrag der Armee in den Palästinensergebieten, der gewaltförmige Austrag von innergesellschaftlichen

Gruppenwidersprüchen, das rapide Anwachsen der Kriminalität in der Öffentlichkeit und die Zunahme von Brutalität in der Familie Israel zunehmend in eine Gewalt- und Hassgesellschaft transformieren würden. Gideon Levy z. B. verweist, ebenfalls in einer Haaretz-Kolumne, auf die Vielzahl von gesellschaftlichen Klüften und Hasskomplexen: „Die Charedim hassen die Homosexuellen, die Homosexuellen hassen die Charedim; die Siedler hassen die Linken und die Linken die Siedler; die Aschkenasim (europäische Juden) hassen die Misrachim (orientalische Juden) und vice versa; die Säkularen hassen die Ultraorthodoxen und die Ultraorthodoxen die Säkularen; die Reichen hassen die Armen und die Armen die Reichen; die Jekkes (Juden aus Deutschland) hassen die Ostjuden und die Ostjuden die Jekkes; Fans des Fußballklubs Hapoel hassen Makkabi-Fans, Makkabi-Fans hassen die Leute vom Hapoel – und alle hassen die Araber. Zudem ist sich jeder sicher, dass die ganze Welt grundlos uns (Israel) hasst.“ Manche Gruppen im Lande definierten sich, so Levy, inzwischen primär durch ihren Hass auf den realen oder vermeintlichen Gegner. Krokodilstränen der Politiker reichten nicht aus, Israel vor dem Hass, der Gewalt und der Intoleranz zu retten; konsequente Aktionen seien erforderlich, um die Gesellschaft zum Positiven zu verändern.

Trauer, Protest und Solidarität auf dem Rabin-Platz

Für den Abend des 8. August – genau eine Woche nach dem Mordanschlag in der Nachmani-Straße – hatten die Führer der Schwulen- und Lesben-Bewegung, unterstützt durch viele linksdemokratische Organisationen, u. a. Peace Now, zu einer Gedenk- und Protestkundgebung auf dem zentralen Rabin-Platz in Tel Aviv aufgerufen. Gekommen waren viele Tausende (die Veranstalter sprachen von 70.000; die Polizeiverlautbarungen versuchten, die Zahl auf 20.000 herunterzuspielen). Die Zusammensetzung der Rallye-Teilnehmer veranschaulichte symptomatisch die Ergebnisse der jüngsten Meinungsumfrage und damit die Problemlage israelischer Gruppen wie der LGTB. Fast ausnahmslos waren junge Menschen aus dem säkular-aschkenasischen Bevölkerungssegment dem Aufruf der Organisatoren gefolgt. Mit der Teilnahme der orthodoxen und ultraorthodoxen Religiösen hatte ohnehin niemand gerechnet; die Zahl der Kippa-Träger lag dementsprechend unter einem Prozent. Doch auch andere betroffene Bevölkerungskomponenten – arabische Staatsbürger etwa oder aus Äthiopien Zugewanderte – waren deutlich unterrepräsentiert. Die für die jungen Menschen wichtige Elterngeneration fehlte – von wenigen Ausnahmen abgesehen – fast vollständig.

Die Veranstaltungsredner wurden recht unterschiedlich wahrgenommen: Tief bewegt die Worte der betroffenen, teilweise gerade aus dem Krankenhaus entlassenen Jugendlichen; höflich applaudiert die „heiße Luft“ bzw. die stereotypen Floskeln der Minister u. a. Politiker; begeistert aufgenommen die Darbietungen bekannter und beliebter Künstler. Von den Parlamentsabgeordneten fand insbesondere der Meretz-Politiker Nitzan Horowitz – in der gegenwärtigen Knesset das einzige Mitglied, das sich als homosexuell geoutet hat – das Ohr und die Zustimmung der Versammelten. Er setzte die Genderproblematik in Beziehung zum Grad realer Demokratie, Humanität und Toleranz in der Gesellschaft und zur – unzureichenden – Wirksamkeit der Politik. Gender-Politik sei Bestandteil des Umgangs mit Minderheiten, z. B. mit den arabischen Staatsbürgern palästinensischer Nationalität, deren nationale und soziale Diskriminierung durch die meisten Redner unerwähnt blieb.

Die Veranstaltung auf dem Rabin-Platz wird als Mosaikstein in die Geschichte der israelischen Demokratiebewegung und des Kampfes um Gender-Gleichheit eingehen. Sie wird die homophoben Stimmungen, Verdächtigungen und Aktivitäten im Lande nur wenig zurückdrängen, kann jedoch dazu beitragen, dass die unter Jugendlichen verbreiteten Angstkomplexe hinsichtlich der sexuellen Orientierung nicht übermächtig, die betreffenden Menschen nicht wieder in den Untergrund verbannt und die Forderungen an Gesellschaft, Politik, Bildung, Elternhaus und Medien nachhaltiger artikuliert werden.

Erste Erfolge und neue Herausforderungen

Der anhaltende Nahostkonflikt bewirkt, dass in Europa und Übersee innerisraelische Problemfelder, z. B. das Verhältnis zwischen Religiösen und Säkularen oder das Ringen um eine demokratische Verfassung, in nur geringem Maße wahrgenommen werden. Auch die Existenz einer lesbischen und schwulen Szene im „Heiligen Land“ mit ihren ideenreichen Aktivitäten blieb lange Zeit kaum beachtet, obwohl diese seit Jahrzehnten in der israelischen Öffentlichkeit präsent ist. Erst als 1998 die Transsexuelle Dana International – begeistert begrüßt als Sängerin auf der Rallye am 8. August 2009 – den Grand Prix Eurovision de la Chanson gewann, erhielt das Thema kurzzeitig breiteres Medieninteresse.

Organisationen, die sich für die Rechte von Homosexuellen, Lesben, Bi- und Transsexuellen einsetzen, existieren in Israel seit 1975. Am bekanntesten sind neben der Agudah das Open House in Jerusalem und die lesbisch-feministische Organisation CLAF in Tel Aviv. Bereits 1988 annullierte das israelische Parlament ein

Gesetz, nach dem Sex unter Männern mit Gefängnis bestraft wurde. 1993 verbot die Legislative jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund sexueller Orientierung und 1998 zog die sich öffentlich als Lesbe bekennende orientalische Jüdin Michal Eden in das Tel Aviver Stadtparlament ein. Israel wurde nach Dänemark und den Niederlanden das dritte Land, in dem die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Partner juristisch möglich ist.

Das säkulare Tel Aviv ist zweifellos das Herz der schwulen und lesbischen Gemeinde Israels, die politisch zumindest teilweise im linken Spektrum zu verorten ist. Es ist kein Zufall, dass im Demonstrationszug der Tel Aviver Gay Prides in den letzten Jahren immer wieder Transparente mit der Losung „Transgender - Not Transfer!“ auftauchten. „Wir meinen, dass wir in Tel Aviv-Jaffo, der Stadt der Toleranz und des Pluralismus, die die Gemeinschaft der Schwulen und Lesben seit Jahren respektiert, eine offene und für unsere Kinder akzeptable Gesellschaft geschaffen haben“, so Ron Huldai, der Tel Aviver Bürgermeister auf dem Rabin-Platz. Öffentlicher Widerstand gegen den jährlichen Umzug unter der Regenbogenfahne regte sich in der Mittelmeermetropole zumindest kaum - anders als in Jerusalem, wo im Sommer 2002 erstmals der Christopher Street Day mit einer Parade unter dem Motto „Liebe ohne Grenzen“ begangen wurde.

Im streng religiösen Jerusalem war 1999 ein eigenes Community Center für Schwule und Lesben (Open House) in der Fußgängerzone der Ben-Jehuda-Straße eröffnet worden. Es gilt seither als Anlaufstelle und Treffpunkt von Israelis unterschiedlicher sexueller Orientierung – seien es Juden, Christen oder Muslime, Israelis oder Palästinenser. Die Organisation setzt sich für sozialen Wandel im Sinne von Toleranz und Pluralismus ein, fördert Selbsthilfe- und Diskussionsgruppen, trägt aktiv zur AIDS-Aufklärung bei und sorgt immer wieder mit öffentlichen Kampagnen für Schlagzeilen in den Medien.

„Open House“ forderte z. B. seit Jahren, den Zweiten Worldpride – der erste fand trotz vehementer Proteste des Vatikans 2000 in Rom statt – in Jerusalem, „einem der wichtigsten Zentren westlicher und nahöstlicher Zivilisation“, durchzuführen. Es fand dafür im Oktober 2003 die Zustimmung der 150 Delegierten des entspre-

chenden Weltforums und ließ sich auch durch den Protest muslimischer, christlicher und jüdischer Würdenträger nicht von seinem Vorhaben abbringen. Jerusalem sei ein Ort, „an dem die globale Botschaft von Frieden, Demokratie und Selbstbewusstsein lebenswichtig und zugleich überzeugend“ sei. Die für 2005 geplante internationale Parade blieb freilich noch auf die nationale Ebene beschränkt. Sie war von tätlichen Angriffen ultraorthodoxer Randalierer auf die Demonstrierenden überschattet und wurde vorfristig abgebrochen. In den Folgejahren konnte der Christopher Street Day in Jerusalem in partiell ruhigerer Atmosphäre begangen werden, nicht zuletzt infolge des aktiven Konfliktmanagements seitens der Organisatoren, die sich z. B. bereit fanden, ihre Rallye abgeschirmt in ein Stadion zu verlegen.

Freiheit für Anderslebende

„Zur Freiheit sind wir geboren und in Freiheit wollen wir leben“. Sollte der israelische Präsident Schimon Peres in seine Freiheitsutopie, vorgestellt auf dem Rabin-Platz am 8. August 2009, auch die Freiheit der „Anderen“ – der unterprivilegierten Minderheiten im Lande und der Menschen außerhalb der jüdischen Gemeinschaft – eingeschlossen sehen, so entspräche das durchaus der Philosophie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Betritt der Besucher z. B. das Tel Aviver Büro der RLS, so sieht er sich zunächst mit der Toleranzforderung der deutsch-polnisch-jüdischen Revolutionärin konfrontiert, nach der der Freiheitsbegriff stets und vor allem Freiheit der Andersdenkenden zu beinhalten habe. Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Petra Pau, fügte dem in ihrer Rede zur Eröffnung des Büros am 12. März 2009 hinzu, dass Freiheit immer auch Freiheit der Anderslebenden sein müsse. Dieser doppelte Imperativ mag als ein Leitgedanke für die Tätigkeit der RLS-Dependance in Israel verstanden werden. Er hat durch das tragische Ereignis vom 1. August im Nachbarhaus bestürzende Aktualität erfahren und ein hohes Maß an Nachhaltigkeit erlangt.

*RLS-Büro Tel Aviv
10. August 2009*